

TAGUNG

Entfaltungsspielräume und Risiken für die europäische Integration

Sebastian Tetzlaff*

Am 15. und 16. November 2018 fand das zehnte Deutsch-Nordisch-Baltische Forum in Stockholm statt. Dieses multilaterale Dialogformat wurde auf Initiative und mit der Unterstützung des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes gegründet. Das Forum bringt sogenannte Planners (Planungsstäbe der Außenministerien) und Thinkers (Denkfabriken) aus in der Regel acht Staaten (Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Polen) zusammen. Ziel ist es, aktuelle Themen der EU-Politik zunächst aus der jeweils nationalen Perspektive zu beleuchten, um dann das Spektrum gemeinsamer Interessen auszuloten und im Idealfall abgestimmte Strategien zu entwickeln. Das Deutsch-Nordisch-Baltische Forum bietet somit die Möglichkeit, sich regelmäßig zu den wichtigsten bi- und multilateralen Herausforderungen Europas auszutauschen. Das Forum, das vom Institut für Europäische Politik (IEP, Berlin) jährlich mit wechselnden Kooperationspartnern um die Ostsee und mit der Unterstützung des Auswärtigen Amtes organisiert wird, ist traditionell jedes Jahr in einem anderen Partnerland zu Gast. Gastgeber des zehnjährigen Jubiläums waren das Swedish Institute of International Affairs (UI, Stockholm) und das IEP.

Der große Diskussionsbedarf spiegelt sich auch in der Vielzahl der Herausforderungen wider, mit denen sich die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten aktuell konfrontiert sehen. Insbesondere der Brexit, eine fortschreitende digitale Vernetzung und die damit einhergehenden Risiken sowie Verwerfungen traditioneller Sicherheitsallianzen for-

10. Deutsch-Nordisch-Baltisches Forum „EU 4.0: New Momentum for Europe?“

Ein multilaterales Forum des Instituts für Europäische Politik und des Swedish Institute of International Affairs

Mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Botschaft Stockholm und der Regierungskansliet

15./16. November 2018, Stockholm

Eröffnung und Begrüßung

Dr. Björn FÄGERSTEN, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

Ann LINDE, Ministerin für Europäische Angelegenheiten und Handel, Stockholm

S.E. Dr. Hans-Jürgen HEIMSOETH, Deutscher Botschafter in Schweden, Stockholm

Prof. Dr. Wolfgang WESSELS, Institut für Europäische Politik, Berlin

Dr. Gunilla HEROLF, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

Cyber-Sicherheit und Widerstand

Vorsitz: Prof. Dr. Mark RHINARD, Universität Stockholm

Wissenschaftliche Einleitung: Dr. Annegret BENDIEK, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Vorträge

Kaja KARLSON, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Estlands, Tallinn

Dr. Karina SHYROKYKH, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

* Sebastian Tetzlaff, Research Associate, Institut für Europäische Politik, Berlin.

dern europäische Lösungen. Aus diesen Herausforderungen erwachsen aber auch Chancen für den europäischen Integrationsprozess. Um das aktuelle Momentum zu nutzen, muss die EU Handlungsfähigkeit demonstrieren.

Vor diesem Hintergrund diskutierten rund 50 VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung die Bedeutung der aktuellen Entwicklungen in Europa aus Perspektive der nordischen EU-Mitgliedstaaten sowie Integrationsperspektiven für ausgewählte Politikbereiche. Die vier Paneldiskussionen der interdisziplinären Tagung mit dem Titel „EU 4.0: New Momentum for Europe?“ orientierten sich dabei inhaltlich an den aktuell größten Herausforderungen für die EU.

Herausforderungen der Digitalisierung

Im Zentrum der ersten Paneldiskussion stand die Erkenntnis, dass sich die Art und Weise, wie Menschen kommunizieren, arbeiten und zusammenleben, durch den technologischen Fortschritt der letzten Dekaden umfassend verändert hat. Neben vielen Chancen, wie der Erschließung neuer Geschäftsfelder, bringt die fortschreitende Digitalisierung auch zahlreiche Risiken mit sich. Cyber-Attacken ereignen sich immer häufiger und betreffen nicht nur Unternehmen und Privatpersonen, sondern auch Regierungen und kritische Infrastrukturen. Gleichzeitig wird zunehmend versucht, durch Desinformationskampagnen Einfluss auf Meinungen und Wahlen zu nehmen.

Das Vertrauen in die Sicherheit der rasant wachsenden Onlinewirtschaft und in die Verlässlichkeit offizieller Informationen ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Zukunft der EU. Für die Europäische Kommission stellt das weite Feld der Cyber-Sicherheit und der Desinformation somit eines der Schwerpunktthemen der nächsten Jahre dar.

Die TeilnehmerInnen der Diskussion erörterten Handlungsmöglichkeiten der EU, die Cyber-Sicherheit in Europa auszubauen. Deut-

Europäische Sicherheit nach dem Brexit

Vorsitz: Dr. Hanna OJANEN, Universität Helsinki
Wissenschaftliche Einleitung: Dr. Kristi RAIK, Estonian Foreign Policy Institute, Tallinn

Vorträge

Jānis KARLSBERGS, Ministerium für Verteidigung Lettlands, Riga

Dr. Björn FÄGERSTEN, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

Prof. Dr. Dovilė JAKNIŪNAITĖ, Universität Vilnius

Der mehrjährige Finanzrahmen der EU 2021-2027

Vorsitz: Cecilie BANKE, Danish Institute for International Studies, Kopenhagen

Wissenschaftliche Einleitung: Vineta KLEINBERGA, Latvian Institute of International Affairs, Riga

Vorträge

Mads NØRGAARD JØRGENSEN, Finanzministerium Dänemarks, Kopenhagen

Thomas OSSOWSKI, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Daniel TARSCHYS, Universität Stockholm

Demokratie, Teilhabe und Kommunikation

Vorsitz: Prof. Dr. Ramūnas VILPIŠAUSKAS, Universität Vilnius

Wissenschaftliche Einleitung: Dr. Funda TEKIN, Institut für Europäische Politik, Berlin

Vorträge

Dr. Annika SILVA-LEANDER, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, Stockholm

Guna ŠNORE, Politische Beraterin des Ministerpräsidenten Lettlands, Strategische Kommunikation, Riga

Carmen GERSTENMEYER, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Brüssel

Elsa HEDLING, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Dr. Gunilla HEROLF, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

Dr. Funda TEKIN, Institut für Europäische Politik, Berlin

Dr. Björn FÄGERSTEN, Swedish Institute of International Affairs, Stockholm

lich wurde dabei insbesondere, dass die Komplexität der Thematik eine einheitliche europäische Vorgehensweise erschwert, die unter Beachtung des grenz- und themenübergreifenden Charakters der Cyber-Sicherheit dringend erforderlich ist. Wie vielfältig Cyber-Gefahren heutzutage sind, wurde anhand von Bedrohungsszenarien für die öffentliche Sicherheit in Europa dargestellt. So seien beispielsweise Cyber-Attacken auf kritische Infrastrukturen in Europa durch Kriminelle, TerroristInnen oder Staaten denkbar. Die Motivation der AngreiferInnen sei dabei sehr verschieden, wobei auch nicht ausgeschlossen werden könne, dass sich Akteure mit unterschiedlichen Zielen zusammenschließen. Eine besondere Bedrohung bestehe zusätzlich in der Kombination unterschiedlicher Cyber-Angriffe oder in sogenannter hybrider Kriegsführung, die beispielsweise klassische militärische Attacken mit groß angelegten Desinformationskampagnen verbindet.

Mit Bezug auf die umfassenden Bedrohungsszenarien wurde schnell deutlich, dass die europäische und die nationale Gesetzgebung Schwierigkeiten haben, mit den technologischen Entwicklungssprüngen des Internetzeitalters Schritt zu halten. Als möglicher Lösungsansatz zur Überwindung der derzeitigen Defizite wurde beispielsweise die Entwicklung einer kohärenten europäischen Cyber-Sicherheitsstrategie aus technologischer Perspektive diskutiert. Zur Verbesserung der Cyber-Abwehr in der privaten Wirtschaft wurde die Implementierung von EU-weiten Zertifikationsstandards für Soft- und Hardwareprodukte vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang wurde auch die enorme Bedeutung des privaten Sektors für die Cyber-Sicherheit Europas unterstrichen. Eine wirksame Möglichkeit zur schnellen Verbesserung der europäischen Cyber-Sicherheit sei laut den DiskussionsteilnehmerInnen eine groß angelegte Förderung öffentlich-privater Partnerschaften, insbesondere da sich mehr als 80 Prozent der kritischen Infrastruktur in privatem Besitz befinden.

Im Zusammenhang mit der Beeinflussung von Meinungen und Manipulationen von Wahlen durch das Verbreiten von Fake News herrschte Einigkeit, dass die Strategien von externen Akteuren mitunter sehr ausgefeilt sind und insbesondere mit Blick auf die anstehenden Europawahlen dringend Gegenmaßnahmen erfordern. Des Weiteren müsse zwischen verschiedenen Formen der Desinformation wie Verschwörungstheorien, Halbwahrheiten und Falschmeldungen unterschieden werden. Diese Techniken eine jedoch das Ziel, so viele Narrative wie möglich zu entwickeln und darüber das grundsätzliche Vertrauen der Bevölkerung in die Berichterstattung zu untergraben („dust storms“).

Im Rahmen der Diskussion wurde deutlich, dass derzeit insbesondere nationale Initiativen mit der Abwehr von Desinformationskampagnen betraut sind. Die 2015 gebildete EU-Task-Force zur Bekämpfung von Falschmeldungen wurde als unterfinanziert und unterbesetzt dargestellt. Um das Problem wirksam anzugehen, so waren sich die DiskussionsteilnehmerInnen einig, sei ein umfassendes Umdenken notwendig. Es wurde argumentiert, dass die absichtliche Verbreitung von Fake News nicht länger als unangenehme Begleiterscheinung der Internetkommunikation betrachtet werden darf. Vielmehr solle den EuropäerInnen ein Recht auf vertrauenswürdige Berichterstattung eingeräumt werden. Die BürgerInnen sollten demnach einen Anspruch darauf haben zu erfahren, von wem eine Meldung erstellt und finanziert wurde. Mit einer zeitnahen rechtlichen und technischen Umsetzung eines solchen Vorhabens sei allerdings nicht zu rechnen, da insbesondere unterschiedliche nationale Bedürfnisse und Entwicklungsstandards die Verhandlungen behinderten. Gleichzeitig berühre die Thematik zentrale Souveränitätsbereiche der Mitgliedstaaten, was eine notwendige Übertragung von Zuständigkeiten in der nahen Zukunft erheblich erschwere. Vor diesem Hintergrund sei nachvollziehbar, wenn einzelne Regierungen auf den Ausbau nationaler Abwehrfähigkeit setzen.

Die Auswirkungen des Brexits auf die europäische Verteidigungspolitik

Die Abwehrfähigkeit im klassisch-militärischen Sinne im Zusammenhang mit dem Brexit war Gegenstand der zweiten Paneldiskussion. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, hat weitreichende, noch nicht absehbare Folgen für die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas. Die europäische Verteidigungspolitik ist einer der wenigen Bereiche, in dem BeobachterInnen derzeit die größeren Chancen für Integrationsfortschritte erkennen. Das liegt insbesondere daran, dass das Vereinigte Königreich nie als Unterstützer einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik galt und seinen Einfluss mehrfach genutzt hat, um größere Fortschritte in diesem Bereich zu verhindern. Auf der anderen Seite verliert die EU mit dem Vereinigten Königreich ein militärisches Schwergewicht, was zu einem Bedeutungsverlust der Verteidigungskooperation auf europäischer Ebene führen könnte. Da allerdings auch die NATO aufgrund der Infragestellung durch den US-Präsidenten als geschwächt gilt, bestehen derzeit Entfaltungsspielräume für neue europäische Kooperationsformate. Die britische Regierung hat mehrfach betont, dass sie auch nach dem Ausscheiden aus der EU eine enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten anstrebt. Trotz des für den 29. März 2019 vorgesehenen und damit unmittelbar bevorstehenden Austrittstermins ist bisher allerdings offen, wie die militärische Kooperation in Zukunft ausgestaltet wird.

Zu Beginn des Panels wurden die großen Herausforderungen für die europäische Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert skizziert. Einigkeit bestand darüber, dass angesichts der sich verändernden globalen Machtverhältnisse, des Ausfalls der USA als verlässlichem Partner und expansionistischer Bestrebungen Russlands die strategische Autonomie Europas ausgebaut werden sollte. Weiter wurde argumentiert, dass die EU bisher keine Plattform für groß angelegte Militärkooperations-

projekte war. Zwar gebe es einige Beispiele für erfolgreiche Militäreinsätze, im Ernstfall sei die Unterstützung der USA allerdings essenziell. Dies erkläre, warum einige osteuropäische EU-Staaten mit geografischer Nähe zu Russland die NATO weiterhin als Verteidigungsbündnis favorisieren. In diesem Zusammenhang wurde erörtert, wie die militärische Handlungsfähigkeit der EU verbessert werden könnte. Einig waren sich die Diskutierenden, dass die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten ausgebaut werden müssen. Unterschiedliche Auffassungen gab es hingegen darüber, ob der Brexit zu einem Zusammenrücken der verbleibenden EU-Staaten führen wird. Insbesondere die teilweise sehr unterschiedlichen nationalstaatlichen Sicherheitsinteressen könnten nach Ansicht einiger ExpertInnen auch weiter dazu führen, dass die Verteidigungskooperation auf europäischer Ebene nicht über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinauskommt. Dies reiche allerdings nicht aus, um den militärischen Herausforderungen, denen sich die europäischen Staaten gegenübersehen, gerecht zu werden.

Die Problematik wurde auch mit Blick auf die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) diskutiert. Nachdem sich die deutsche Regierung mit ihrem inklusiven Ansatz gegen Frankreich, das sich ein schlagkräftigeres Bündnis mit notfalls weniger Mitgliedern wünschte, durchgesetzt hatte, kann Emmanuel Macron nach Meinung vieler BeobachterInnen mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein. Seine Europäische Interventionsinitiative (EI2), die auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten offensteht, diene nämlich dem Ziel, zukünftig eine schlagkräftigere Verteidigung französischer Sicherheitsinteressen zu ermöglichen.

Solange die EU nicht von allen Mitgliedern als Plattform für militärische Kooperation betrachtet wird oder aufgrund von unterschiedlichen nationalen Interessen handlungsunfähig bleibt, wird sie nach Ansicht einiger DiskutantInnen keine militärische Macht darstel-

len können. Um nachhaltige Fortschritte in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit zu erreichen, wurde dementsprechend auch gefordert, der EU mehr Kompetenzen zu übertragen. Unter Beachtung der Bedeutung von Verteidigungsaufgaben für die nationalstaatliche Souveränität sei ein solcher Schritt allerdings nur nach der Überwindung des Demokratiedefizits der EU denkbar.

Haushaltsverhandlungen im Zeichen der aktuellen Krisen

Unterschiedliche Ansichten über die Zukunft Europas bestimmen auch die aktuellen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR). Mit dem Brexit verlässt eines der zahlungskräftigsten Mitglieder die EU. Wie die entstehende Finanzierungslücke ausgeglichen werden kann und in welchen Bereichen eine Umverteilung von Geldern möglich ist, um die EU gegen Krisen zu wappnen, wird von den Mitgliedstaaten, Interessengruppen und Unionsorganen derzeit kontrovers diskutiert. Im dritten Panel erörterten die TeilnehmerInnen die Bedeutung der aktuellen Verhandlungen für die Zukunft der EU.

Seit die Europäische Kommission ihren Vorschlag für die Ausgabenschwerpunkte vorgelegt hat, gibt es insbesondere bei der Frage, wie der Haushalt finanziert werden soll, große Differenzen. Gegenüber dem aktuellen MFR sieht der Vorschlag der Kommission – trotz des Brexits – eine erhebliche Erhöhung der Finanzmittel vor. Mehreren Mitgliedstaaten, insbesondere Dänemark und Schweden, gehen die Vorstellungen der Kommission eindeutig zu weit. Während der Diskussion wurde klar, dass in den beiden nordeuropäischen Ländern für eine Erhöhung der Ausgaben im von der Kommission vorgesehenen Umfang der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Es wurde gefordert, den Schwerpunkt der Debatte auf die Priorisierung der Ausgaben zu setzen, bevor über eine Aufstockung der Finanzmittel diskutiert wird. Demgegenüber wurde argumentiert, dass der Verhandlungs-

fokus auf monetäre Gesichtspunkte der Bedeutung des Integrationsprozesses angesichts der anstehenden Aufgaben nicht gerecht wird. Was es vielmehr brauche, sei ein „Quantensprung“ in der Finanzierung des EU-Budgets.

Neben der Frage nach der Finanzierung des EU-Haushalts wurden auch die von der Kommission vorgeschlagenen Ausgabenschwerpunkte diskutiert. Die vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik wurden von den TeilnehmerInnen weitestgehend begrüßt. In diesem Zusammenhang wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinsame Agrarpolitik in ihrer bestehenden Form ein Produkt der Nachkriegsjahre und der damaligen Versorgungsbedürfnisse darstellt. Da sich die Prioritäten mittlerweile geändert haben, müsse auch die Finanzierung entsprechender Politikfelder angepasst werden. Einigen PanelteilnehmerInnen gingen die vorgesehenen Kürzungen nicht weit genug. Gefordert wurde beispielsweise eine nationale Kofinanzierung von Direktzahlungen durch die Mitgliedstaaten, um die EU-Ausgaben weiter zu senken. Widerstand sei diesbezüglich allerdings von osteuropäischen Mitgliedstaaten zu erwarten, die besonders von den derzeitigen Regeln der Mittelverteilung profitieren.

Auch die Reduzierung der Ausgaben im Bereich der Kohäsionspolitik stieß auf Anklang. Zusätzlich wurde gefordert, dass sich diese in Zukunft noch stärker an den nationalen und regionalen Lebensverhältnissen der Mitgliedstaaten orientieren. Dabei wurde auch angemahnt, dass eine größere Flexibilität für den neuen Finanzrahmen wünschenswert sei, um unvorhersehbaren Herausforderungen kurzfristig begegnen zu können. Uneinigkeit bestand hingegen in der Frage, wie zukünftig mit Mitgliedstaaten umzugehen ist, die mit rechtsstaatlichen Prinzipien brechen. Einerseits werde auf die Möglichkeit gesetzt, Regelverletzungen durch Geldstrafen einzudämmen oder zu verhindern. Andererseits berge dieses Vorgehen die Gefahr, dass sich betroffene Regierungen an den Pranger gestellt se-

hen und diese Situation populistisch ausnutzen. Um dieses Dilemma zu umgehen, könnten Kontrollkommissionen eingesetzt werden, die regelmäßig über die rechtsstaatlichen Entwicklungen in allen EU-Staaten berichten.

Alle PanelteilnehmerInnen unterstrichen die Notwendigkeit, die Verhandlungen trotz der zahlreichen Differenzen nicht scheitern zu lassen, sondern zügig zu Ende zu führen. Sollten die beteiligten Akteure nicht in der Lage sein, sich zeitnah auf einen Haushaltsplan zu verständigen, könnte das populistischen Bewegungen weiteren Aufwind geben. Insbesondere vor den EU-Parlamentswahlen gelte es, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Allerdings könnte eine Verständigung auf ein neues Budget vor den Wahlen aus demokratietheoretischer Sicht von den populistischen Parteien kritisiert werden.

Kommunikation und demokratische Teilhabe in der EU

Die anstehenden Wahlen und die Sorge vor Erfolgen populistischer Parteien waren auch der Ausgangspunkt für das vierte Panel. Erörtert wurde, wie sich die EuropäerInnen für die EU begeistern lassen, wie das Demokratiedefizit verringert werden kann und welche Möglichkeiten sich den EU-Organen für eine bessere Kommunikation mit den BürgerInnen bieten.

Die Grundlage für die Diskussion bildeten wissenschaftliche Erkenntnisse über Rückschritte der Demokratiestandards europäischer Staaten, die einem globalen Trend folgen. Neben den medial prominent thematisierten „Sorgenkindern“ Ungarn, Polen und Rumänien ließen sich im Zeitraum 2013-2017 auch in zehn weiteren EU-Staaten größere Demokratierückschritte ausmachen. In die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit fließen beispielsweise die Arbeitsbedingungen für JournalistInnen, der Umgang mit der Zivilgesellschaft oder der Einfluss populistischer Bewegungen und Parteien auf das politische System ein.

Ausgehend von den besorgniserregenden Erkenntnissen diskutierten die TeilnehmerInnen die Ursachen für diese Entwicklungen. Als ein zentraler Faktor wurde der – durch sich wandelnde Kommunikationsstandards unterstützte – Vertrauensverlust in die politischen Systeme Europas ausgemacht. Prognosen, die für die kommenden EU-Parlamentswahlen eine geringe Wahlbeteiligung vorhergesagen, unterstrichen diese Problematik. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, wurde von den TeilnehmerInnen des Panels gefordert, die zielgerichtete Kommunikation der EU-Organe zu einem strategischen Ziel zu erklären. Zusätzlich wurde als notwendig erachtet, EU-BürgerInnen viel stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einzubinden. Bisherige Instrumente zur Steigerung der Partizipation wie die 2012 eingeführte Europäische Bürgerinitiative, die es EuropäerInnen erlaubt, EU-Gesetzesvorschläge zu initiieren, seien weder ausreichend bekannt noch effizient genug. Eine Öffentlichkeitsphäre, die es ermöglicht, sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg über politische Themen zu informieren und auszutauschen, könnte eine Grundlage für die bessere Einbindung der EU-Bürgerschaft sein. Weiter wurde gefordert, dass Debatten im Vorfeld der Parlamentswahlen persönlicher geführt werden und sich mehr an den Bedürfnissen der EuropäerInnen orientieren. Insbesondere auf die Einbindung junger WählerInnen sollte ein Schwerpunkt gesetzt werden, da diese die Zukunft Europas gestalten, aber gleichzeitig zu den politisch am wenigsten aktiven Altersgruppen zählen.

Insgesamt wurde deutlich, dass aus Sicht der TeilnehmerInnen langfristige Integrationsfolge ohne eine glaubhafte Überwindung des Demokratiedefizits kaum denkbar sind. Eine zentrale Voraussetzung für wirksame Reformschritte ist allerdings der Gestaltungswille aller beteiligten Akteure. Das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen Interessen und dem gemeinschaftlichen Bekenntnis zur EU bleibt also eines der Dilemmata, an dem sich

die Zukunft der europäischen Integration entscheiden wird.

Ausblick 2019: die EU am Scheideweg?

Für das Projekt der europäischen Integration wird 2019 ein Schicksalsjahr. In welchem Rahmen sich die anstehenden Herausforderungen bewältigen lassen, wird insbesondere durch die Kooperationsfähigkeit der Mitgliedstaaten entschieden werden. Der geplante Austritt Großbritanniens aus der EU und die vielen damit verbundenen Unsicherheiten sowie die anstehenden Europawahlen im Mai könnten sich dabei zu Zerreißproben entwi-

ckeln. Gleichzeitig eröffnen sich durch die beispiellose Situation Kooperationspotenziale, die zu einer Neuausrichtung des europäischen Integrationsprozesses führen könnten.

Vor diesem Hintergrund wird das Deutsch-Nordisch-Baltische Forum auch im nächsten Jahr fortgesetzt, um gemeinsam Lösungsansätze zu diskutieren. Neben den vielen Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit den derzeitigen Krisen der EU bleibt ein reger Austausch der beteiligten Akteure die Grundlage für eine bestmögliche europäische Zusammenarbeit.